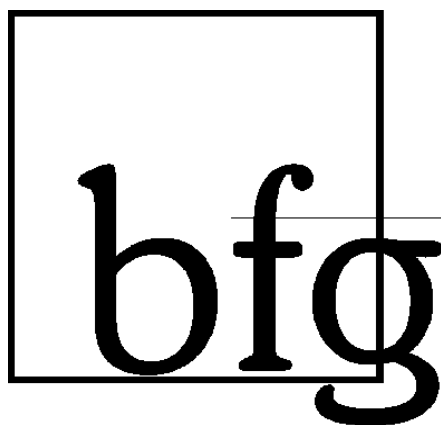


Freigeistige Rundschau

Mitteilungsblatt des Bundes für Geistesfreiheit Bayern K.d.ö.R. (bfg)



Inhalt:

Liebe Gesinnungsfreundinnen und -freunde	S. 2
Nachruf auf Lisbeth Böttcher	S. 4
Neuer bfg-Regionalverband in Heidelberg	S. 5
Freispruch für Frank Scholz – Keine Anklage nach § 166	S. 5
Muslime in den Rundfunkrat? Offener Brief der Giordano Bruno Stiftung	S. 6
DFW-Jahreshauptversammlung in Berlin	S. 8
DGHS-Hauptversammlung mit Neuwahlen	S. 10
»Ethik ohne Kirche« – DFW-Seminar in Schney	S. 11
Impressum	S. 11
»Ein Sack Reis in China« oder der Versuch einer Antwort	S. 12

Liebe Gesinnungsfreundinnen und -freunde!

Ein Jahreswechsel ist immer ein Anlass zu einem kleinen Jahresrückblick.

Im Jahre 2006 gab es einige wichtige Ereignisse, die zeigen, dass kirchliche Kreise und ihre willfährigen Vertreter in der Politik weiterhin nicht bereit sind, sich an die grundgesetzlich gebotene Neutralität des Staates in Weltanschauungsfragen zu halten. Das zeigen das Konkordat in Hamburg sowie der Staatskirchenvertrag in Berlin, die dieses Jahr mit der katholischen bzw. evangelischen Kirche abgeschlossen wurden. Das mit 60 Mrd € enorm hoch verschuldete Berlin fand nichts dabei, der evangelischen Kirche 11 Professuren an den Universitäten sowie 15 Professoren an der Evangelischen Fachhochschule zuzusichern, die bis auf unabsehbare Zeiten von den Berlinern zu bezahlen sind. Den Parteien, die diese Entscheidungen mitgetragen haben, sollte klar sein, warum die Kirchen bevorzugt Positionen im Bildungssystem besetzen. Und sie sollten sich bewusst sein, dass eine religiöse Erziehung, wenn sie denn fruchtet, vornehmlich den C-Parteien zugute kommt.

Über die Spendierfreude des Staates beim Papstbesuch ist vom bfg Bayern schon genug geschrieben worden. Darum möchte ich mich lieber den unscheinbareren Ereignissen zuwenden. In Berlin wurde nun das neue Wertefach Ethik eingerichtet. Das ist an sich eine positive Entwicklung, sollen doch darin religionsübergreifend Grundwerte unserer Gesellschaft vermittelt werden. Das Besondere ist daran, dass die Schüler sich von diesem Fach nicht zugunsten eines Religionsunterrichtes abmelden können. Daher entfaltet dieses Fach eine integrierende Wirkung, da die SchülerInnen nicht nach Religionszugehörigkeit

getrennt werden. Damit wurde eine alte bfg-Forderung umgesetzt. Aber während in diesem Fach nun die großen Religionen behandelt werden, wird man vergebens eine Vermittlung der nichtreligiösen Weltanschauung Atheismus/Weltlicher Humanismus im Berliner Lehrplan suchen. Nach heftigem Gerangel hinter den Kulissen, so hieß es, wurde das gekippt. Zwar handelt es sich bei unserer Weltanschauung um eine mindestens 2500 Jahre alte Kultur, deren Denker etwa den atomaren Aufbau der Materie, das Theodizee-Problem und grundsätzliche Fragen des Sonnensystems wie auch des Universums geklärt haben. Atheisten gehörten in der Zeit der Aufklärung zu den Wegbereitern der Demokratie und Menschenrechte. Sie widerlegten die göttliche Herkunft der Religionen und wiesen nach, dass es sich dabei um von politischen und gesellschaftlichen Interessen beeinflusste menschliche Konstrukte handelt. Und sie gaben dem Menschen einen neuen Platz in der Natur, indem sie die Entstehung der Arten heraus fanden. Aber von all dem dürfen die Berliner Schülerinnen und Schüler nichts wissen. Man ist entweder Christ, Moslem, Jude, Buddhist usw. oder eben – nichts. Damit folgt das neue Wertefach zumindest in diesem Punkte den Fächern Ethik in anderen Bundesländern, in denen auch nur die religiösen Weltanschauungen vermittelt werden.

Und selbst dabei kommt es immer wieder zu massiven Benachteiligungen und Grundrechtsbeschneidungen von Konfessionsfreien. Das zeigen jüngste Vorfälle an einer Grundschule in Freiburg. Obwohl in der Karoline-Kaspar-Schule fast 60% (!) der Schüler keiner Konfession angehören, wurde die Einrichtung eines Ethikunter-

richtes bisher verhindert. Eine Trennung vom Religionsunterricht sei in den unteren Klassen ohnehin nicht möglich, da Religion nicht stundenweise, sondern fallweise während des normalen Unterrichtes gelehrt werde. Wie da das Recht der Eltern, über die Teilnahme am Religionsunterricht zu bestimmen [Art. 7(2) GG], gewahrt bleiben soll, ist schleierhaft. Nun haben die konfessionslosen Eltern inzwischen eine Arbeitsgemeinschaft Philosophie gegründet, sollen jedoch 120,- € pro Jahr dafür bezahlen.

Solche Verhältnisse gibt es beileibe nicht nur in Freiburg. Ähnliches spielt sich gegenwärtig auch im Raum München ab. An einer Grundschule werden ausgerechnet die jüngsten der Schüler gezwungen nachmittags an eine weit entfernte andere Schule zu fahren, wenn sie den Ethikunterricht besuchen wollen. Sie sollen doch lieber in den evangelischen Religionsunterricht gehen, so die Empfehlung der Schulleitung.

Die hessische Kultusministerin Karin Wolff möchte gar die religiöse Erziehung auf weltliche Fächer ausdehnen. Sie kündigte an, im Biologieunterricht künftig auch die Schöpfungslehre der Bibel behandeln zu lassen. »Frau Wolff sollte sich zunächst orientieren und ein Fachbuch lesen«, kommentierte der Biologe Prof. Ulrich Kutschera dieses Ansinnen.

Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten. Fast scheint es, dass angesichts des wachsenden Unrechts seitens der Kirchen die Konfessionslosen-Szene zu Höchstform auflaufen würde. Das zeigten nicht nur die Papstgegenveranstaltungen des bfg in München und Regensburg, die an Perfektion und Umfang alles Vorherige in unserem Verband in den Schatten stellten. Außerhalb des bfg erhoben sich Stimmen mit bemerkenswerter Deutlichkeit. Der Philoso-

phieprofessor Herbert Schnädelbach (Berlin) erklärte auf einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutschland brauche keine Religion. Sie sei auch nicht zur Legitimation des Politischen nötig. Nach Jahrhunderten des Gottesgnadentums gehe in Deutschland alle Staatsgewalt vom Volk aus. Die Kirchen hätten politische Einflussmöglichkeiten, die ihnen auf der Basis demokratischer Prinzipien gar nicht zustünden.

Der britische Musiker Elton John (man verzeihe mir den jähen Schwenk von der Philosophie zur Popmusik) forderte gar ein »völliges Religionsverbot«, weil diese den Hass auf Homosexuelle schüre. Nun ist zwar die Religionsfreiheit als Grundrecht im bfg unstrittig. Aber man kann Elton Johns Wut schon verstehen angesichts der Tatsache, dass etwa im Iran Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung grausam hingerichtet werden. Mit Witz statt Wut kämpft hingegen der Biologe Richard Dawkins in den USA gegen christlichen Fundamentalismus. Anlässlich der Erscheinung seines Buches »The God Delusion« (Die Wahnvorstellung von Gott) macht Dawkins eine Lesereise durch die Staaten und referiert in rappelvollen Sälen. Religionen könnten sich ausbreiten, weil es für Kleinkinder eine Überlebensfrage war, elterlichen Anweisungen blind zu folgen. Dawkins sagt: »Das Kind kann nicht wissen, dass ‚Paddel nicht im krokodilverseuchten Limpopo-Fluss‘ ein guter Ratsschlag ist, dass aber ‚Du musst eine Ziege bei Vollmond opfern, da sonst der Regen ausbleibt‘ bestenfalls eine Verschwendung von Zeit und Ziegen ist.«

Auch in Deutschland gab es eine spektakuläre Bucherscheinung mit einer Lesereise. Prof. Lüdemann präsentierte auf Einladung des bfg in 4 Städten Bayerns sein neustes

Buch »Altes Testament und christliche Kirche«. Hinter diesem harmlosen Titel verbirgt sich die völlige Enthistorisierung des AT. Gestützt auf sorgfältige Textanalysen aber auch auf neuere archäologische Erkenntnisse kommt Prof. Lüdemann zu dem Ergebnis, dass kein Buch Mose von Mose stammt, kein Psalm Davids von David, dass es einen Auszug Israels aus Ägypten und damit auch die Übergabe der 10 Gebote Gottes an Mose nicht gegeben hat. Die Wurzeln des Christentums liegen gar im Polytheismus. Jahwe war im 8. vorchristlichen Jahrhundert einer unter vielen anderen Göttern. Erst später machten findige theologische Köpfe aus Jahwe den monotheistischen Christengott. Das AT, so sagte Prof. Lüdemann in Augsburg, sei ein Märchenbuch, wenn auch mit einer Aussage.

So sagt uns zwar das zurückliegende Jahr, dass die Religionen in unserer Gesellschaft ihre Machtpositionen ausbauen können, obwohl deren Anhängerschaft ständig abnimmt. Aber wir sehen auch, dass wir mit geistigen Waffen, mit der Macht des Argumentes, dagegen vorgehen können. Und es gibt prominente Verbündete, die am gleichen Strang ziehen.

Darum sollten wir auch im neuen Jahr nicht nachlassen, für die Trennung von Staat und Kirche, den Kirchenaustritt und die Mitarbeit im bfg zu werben.

Freiheit, und dazu zählt auch die Geistesfreiheit, gibt es nicht umsonst!

*Mit freundlichen Grüßen
Dietmar Michalke*

Nachruf auf Lisbeth Böttcher

Der Bund für Geistesfreiheit Bayern trauert um Lisbeth Böttcher, die kurz vor ihrem 96. Geburtstag gestorben ist.

1910 geboren, trat sie am 1. Februar 1931 unserer Gemeinschaft bei. Zu einer Zeit, als sich in Deutschland der Hitlerfaschismus auf den Weg zur Macht machte, bekannte sie sich zur freigeistigen humanistischen Bewegung, was zu jener Zeit sicherlich nicht ungefährlich war. Sie gehörte der Freireligiösen Gemeinde Schweinfurt bis zu deren Verbot durch die Nazis an. Nach Ende des 2. Weltkrieges arbeitete sie aktiv am Wiederaufbau der Freireligiösen Gemeinde in Schweinfurt mit.

Von 1981 bis 1990 hat Lisbeth Böttcher als Landesvorsitzende des Bundes für Geistesfreiheit Bayern die Geschicke des bayerischen Dachverbandes geleitet. Sie ist bisher die einzige Frau in dieser Position. Von

1986-1990 war sie im Präsidium des BFG Deutschland tätig.

Als Bestattungssprecherin hat sie mit 451 Trauerfeiern unseren Mitgliedern und ihren Angehörigen in den schwersten Stunden beigestanden. Jede dieser Feiern hat Lisbeth mit großer Sorgfalt und Präzision vorbereitet. Dabei war jede ein kleines Kunstwerk und genau auf die Betroffenen abgestimmt.

Nachdem sie lange Zeit als Schriftführerin in der Vorstandschaft tätig war, wurde sie 1989 zur Vorsitzenden des Bundes für Geistesfreiheit Schweinfurt gewählt. Diese Tätigkeit übte sie bis 1995 zum Wohle unserer Gemeinschaft aus.

Ich habe Lisbeth persönlich bei unseren Zusammensein in den Vorstandssitzungen oder bei Tagungen als erfahrene und geistig sehr aktive Frau kennen gelernt, die mir –

damals noch als jungem und relativ unerfahrenem Vorsitzenden – immer mit Rat und Tat zur Seite stand.

Aufgrund Ihrer Initiative trat der Bund für Geistesfreiheit Schweinfurt 1995 dem Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. bei. Mit diesem Schritt initiierten wir auch den späteren Beitritt des Bundes für Geistesfreiheit Bayern zu dieser Dachorganisation.

Neuer bfg-Regionalverband in Heidelberg

Am 6. Sept. diesen Jahres wurde ein neuer Regionalverband des Bundes für Geistesfreiheit gegründet. Das Besondere daran ist, dass dieser erstmals außerhalb Bayerns liegt – nämlich im Raum Heidelberg. Initiator dieses Regionalverbandes Rhein-Neckar, wie er genannt wurde, ist der studierte Philosoph, Musiker und Komponist Martin Münch (sh. www.martin-muench.de). Er war bereits vorher Mitglied im bfg München. Wenn Herr Münch in seiner Eigenschaft als Konzertpianist nicht gerade in Südeuropa oder USA verweilt, möchte er im Raum Heidelberg die Fahne der Geistesfreiheit hoch halten. Ein besonderes Anliegen sind ihm dabei die Menschenrechtswidrigkeiten in den großen Religionen und die daraus erwachsenden Konflikte im In-

Lisbeth Böttcher war eine aufgeklärte, emanzipierte und immer sozial engagierte Frau, die für unsere humanistisch-freigeistige Bewegung hervorragende Arbeit geleistet hat.

Für uns alle wird Lisbeth Böttcher durch ihre Arbeit, ihre Freundlichkeit und ihr menschliches Wesen unvergessen bleiben.

Friedrich Patzier

und Ausland. Für diese Aufgaben hat er ein starkes Team zusammengestellt, das die Vereinsgründung vollzog: Musiker und bildende Künstler gehören ebenso dazu wie Geistes- und Naturwissenschaftler. Der künstlerische Hintergrund einiger Mitglieder dürfte auch die Ursache für eine neuartige Idee sein. Als erste Veranstaltung möchte der bfg Rhein-Neckar im 1. Halbjahr 2007 einen »Musikalisch-philosophischen Salon« durchführen. Wir wünschen dem neuen Regionalverband Rhein-Neckar ein gutes Gelingen und einen kräftigen Zuwachs an Mitgliedern.

Die Kontaktadresse ist:

Martin Münch, Bussemergasse 18, 69117 Heidelberg, bfg-rn@cultue21.de

Freispruch für Frank Scholz – Keine Anklage nach § 166

Die Veranstaltung »Heidenspaß statt Höllequalen« am 10. September in Regensburg hatte auch einen negativen Beigeschmack: Es wurden zwei papstkritische Bilder sowie 200 Postkarten des Regensburger Künstlers und Kulturförderpreisträgers Frank Scholz von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft vermutete bei den Bildern eine

mögliche »Beschimpfung von Bekenntnissen« nach § 166 StGB (sog. »Gotteslästerungsparagraf«). Die Bilder »Wabernder Weihrauch würzt westliche Winde« und »Spaß muss sein« hatten das Missfallen eines Besuchers der Veranstaltung erregt. Doch das zuständige Landgericht sieht die Sache glücklicherweise anders und sprach Frank Scholz frei. »Der Begriff des Be-

schimpfens umfasst nicht schon jede geringschätzig oder herabsetzende Äußerung. [...] Angesichts des hohen Rangs, den das Grundgesetz der Kunstfreiheit einräumt, sind nur besonders rohe Äußerungen der Missachtung als Beschimpfung zu werten.« steht im Beschluss des Landgerichts vom 10. November. Zwar könnten

die Darstellungen »das religiöse Empfinden gläubiger Katholiken verletzen«, eine mögliche Störung des öffentlichen Friedens sah die Kammer aber nicht. Die Bilder und Postkarten wurden dem Künstler inzwischen zurückgegeben.

Monika Hendlmeier

Muslime in den Rundfunkrat? Offener Brief der Giordano Bruno Stiftung

Offener Brief an die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, und den Intendanten des Südwestrundfunks, Peter Voß

Sie haben sich unlängst dafür ausgesprochen, dass die »in Deutschland lebenden Muslime künftig in den Aufsichtsgremien von ARD und ZDF vertreten« und »islamisch geprägte Sendungen in deutscher Sprache« ins Programm aufgenommen werden sollten. Dabei wiesen Sie daraufhin, dass »auch Muslime Hörer und Zuschauer öffentlich-rechtlicher Sender« sind.

Hierzu möchte ich als Vorstandssprecher der Giordano Bruno Stiftung, die sich als »Think-Tank für Humanismus und Aufklärung« versteht und der zahlreiche renommierte Philosophen, Wissenschaftler und Künstler angehören, folgende drei Punkte anmerken:

1. Leider haben Sie in Ihrer Argumentation die größte weltanschauliche Gruppierung in Deutschland, nämlich die Konfessionsfreien, übersehen. Die vielen Millionen Menschen, die keinem Glaubensbekenntnis angehören, sind bislang ebenso wenig wie die Muslime in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender vertreten. Dieser Gruppe der Konfessionsfreien gehören mittlerweile immerhin 32,7 Prozent der

Gesamtbevölkerung an. Zum Vergleich: 31,1 Prozent sind Mitglieder der Katholischen Kirche, 31,0 Prozent Mitglieder der evangelischen Kirche, 3,9 Prozent werden gemeinhin den Muslimen zugerechnet, 1,7 Prozent den sonstigen religiösen Gruppierungen (christliche und nichtchristliche Glaubensbekenntnisse). Das häufig bemühte Argument, die Konfessionsfreien seien zu heterogen, als dass man sie als eigene Gruppe fassen könne, ist empirisch widerlegt. Wie zahlreiche Studien ergeben haben (siehe hierzu die Analysen der »Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland«, www.fowid.de), ist die Gruppe der Konfessionsfreien in den meisten Items sogar homogener als etwa die Gruppe evangelischen Kirchenmitglieder.

2. Im Fall der hierzulande lebenden »Muslime« ist zu beachten, dass hierzu leider automatisch alle Menschen gezählt werden, die aus sog. »muslimisch geprägten Ländern« stammten. Viele dieser vermeintlichen »Muslime« besaßen jedoch niemals einen solchen Glauben oder haben ihn längst schon aufgegeben. So ist ein Großteil der in Deutschland lebenden Iraner dezidiert islamkritisch, was einer der Gründe dafür ist, warum diese Menschen aus dem Mullahregime nach Deutschland geflohen sind. Solche Menschen, wie Sie es vorschlagen, nun durch gläubige Muslime in

öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien vertreten lassen zu wollen, ist eine Ungeheuerlichkeit.

3. Die öffentlich-rechtlichen Sender haben einen unaufkündbaren Bildungsauftrag, den sie nur erfüllen können, wenn sie vorurteilsfrei, also allein der empirisch feststellbaren Wahrheit verpflichtet, über Religionen und Weltanschauungen berichten. Dieser Bildungsauftrag darf keinem Lobbyismus, keinem Partikularinteresse, aufgeopfert werden. Deshalb sollten »islamisch geprägte Sendungen« in den öffentlich-rechtlichen Sendern eigentlich ebenso wenig Platz finden wie »christlich geprägte Sendungen«. Der öffentliche Rundfunk hat den Auftrag zu informieren, nicht zu missionieren! Wenn sich zeigt, dass religiöse Auffassungen gegen die Menschenrechte verstoßen oder aber mit gut belegten Ergebnissen der Wissenschaften kollidieren, so muss hierüber in unseren Medien offen und angstfrei berichtet werden, auch wenn hierdurch »religiöse Gefühle« verletzt werden könnten.

Aus dem Gesagten ergeben sich drei Forderungen:

1. Entweder sollten die Vertreter der Kirchen ihre Stühle in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks räumen oder aber es müsste dafür Sorge getragen werden, dass dort alle weltanschaulichen Gruppierungen in Deutschland entsprechend ihrer sozialen Verankerung repräsentiert sind. Das würde bedeuten, dass bereits heute auf jeden katholischen Vertreter ein konfessionsfreier kommen müsste und wiederum auf zehn Konfessionsfreie ein muslimischer Vertreter. Selbstverständlich müsste das Verhältnis der Zusammensetzung der Aufsichts- und Beratungsgremien immer wieder neu an die sich

verändernden sozialen Verhältnisse angepasst werden. In etwa fünfzehn bis zwanzig Jahren, wenn voraussichtlich die Hälfte der Bevölkerung konfessionsfrei sein wird, sollten die christlichen Kirchen also in einem noch geringeren Umfang in den Aufsichtsgremien vertreten sein.

2. Wir müssen zunächst solide empirische Daten über die in Deutschland lebenden Muslime erheben, bevor sinnvoll über deren politische Vertretungsmöglichkeiten gesprochen werden kann. Auf jeden Fall sollten zur Gruppe der Muslime keineswegs automatisch alle Menschen zugerechnet werden, die sog. »muslimischen Ländern« entstammten. Auch Ex-Muslime haben das Recht auf eine politische Vertretung in Deutschland!

3. Wenn islamisch oder christlich »geprägte« Sendungen überhaupt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgestrahlt werden sollen, so wäre es im Sinne des Konsumentenschutzes geboten, wenn diese mit dem deutlichen Hinweis »Werbesendung« versehen würden. Auf Basis des Gleichbehandlungsgrundsatzes sollte außerdem gelten: Humanistisch-aufklärerische, also auch dezidiert religionskritische Sendungen sollten mindestens im gleichen Umfang das Programm bestimmen wie katholisch geprägte Sendungen. Die bisherige Praxis, konfessionsfreie Standpunkte aus der medialen Berichterstattung auszublenden, darf nicht länger fortgesetzt werden.

In der Hoffnung, dass Sie meine obigen Argumente in Ihre künftigen Überlegungen einbeziehen und die entsprechenden politischen Schritte einleiten, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Schmidt-Salomon im Namen des Vorstands der Giordano Bruno Stiftung

Jahreshauptversammlung des DFW in Berlin

Mit einem positiven Rückblick auf Erreichtes und optimistischer Vorschau auf die künftige Verbandsarbeit traf sich Ende Oktober 2006 der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) zur Hauptversammlung. Diese fand zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in Berlin statt. Für die Delegierten der neun Mitgliedsverbände und das Präsidium standen neben den Jahresberichten aus dem Präsidium und der Revisionskommission sowie der Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit und Feierkultur aktuelle Vorhaben und Anträge auf der Tagesordnung. Einen Schwerpunkt bildete die Diskussion um die künftige Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, um sich konstruktiv vor allem in den europäischen Einigungsprozess einzubringen. Auch die innerdeutsche Kooperation zwischen dem Dachverband und anderen freigeistigen und humanistischen Vereinigungen beschäftigte die Delegierten.

»In der Geschichte der freigeistigen Bewegung Deutschlands hatte und hat Berlin eine besondere Bedeutung«, würdigte DFW-Präsident Dr. Volker Mueller den Tagungsort und übergab die Eröffnungsworte an Anke Reuther von der Freireligiösen Gemeinde Berlin. Ihr Verein feierte im vergangenen Jahr sein 160. Bestehen. »Wir haben deshalb den Fokus unserer Arbeit auf die Geschichtsaufarbeitung gelegt«, sagte Anke Reuther. Zum Auftakt der Sitzung spielte sie einige vertonte Gedichte des freireligiösen Künstlers Bruno Wille ab, der Ende des 19. Jahrhunderts die Freie Volksbühne und Freie Hochschule Berlins, Vorläufer der heute bekannten und beliebten Volkshochschulen, gründete. DFW-Präsidiumsmitglied Norbert Weich vom Humanistischen Freidenkerbund Brandenburg (HFB) betonte, dass sich die freigeis-

tigen und freireligiösen Verbände verstärkt an ihre Wurzeln und Traditionen zurückerinnern sollten. In ihrem Jahresbericht schlug deshalb Ute Janz, im Präsidium verantwortlich für Fest- und Feierkultur, vor, individuelle Riten und besondere Feierlichkeiten der Mitgliedervereine in einem Pool zu sammeln.

Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes wünschte sich Ortrun Lenz noch mehr Aktivität aus den einzelnen Vereinen. »Wir werden demnächst ein Verzeichnis mit Referatsthemen herausgeben, die unsere Mitglieder für Seminare zur Weltanschauung, Werteerziehung, Fest- und Feierkultur und vieler anderer Gesellschaftsbereiche anbieten können«, sagte die Medienverantwortliche des Dachverbandes. Sie hoffe auf viele Referenten, die mit einem Eintrag in die Liste helfen, das freigeistige Netzwerk zu stärken. Der Themenkatalog und weitere Verbandsnachrichten finden sich im neu gestalteten Internetauftritt des DFW (www.dfw-dachverband.de), den Monika Hendlmeier vom Bund für Geistesfreiheit Bayern betreut.

Als Erfolg für die Verbandsarbeit wertete Vizepräsident Horst Prem, dass die Bundeswehrvereinigung und das Bundesverfassungsgericht das DFW-Heft Nr. 21 zum Thema »Politik für einen gesellschaftlichen Konsens oder das Ende der deutschen Demokratie« in ihre Bibliotheken aufgenommen haben. Die Broschürenreihe entsteht aus den Beiträgen zu gleichnamigen Seminaren, zu denen der Dachverband einmal jährlich einlädt. Im Januar 2007 wird es in diesem Rahmen eine Veranstaltung zum Thema »Ethik ohne Kirche« geben. »Für uns gibt es noch viel zu tun, denn nach wie vor wird die Trennung von Kirche und

Staat in Deutschland ständig verletzt«, sagte Horst Prem. So sei der DFW trotz hartnäckiger Bemühungen noch nicht in den Nationalen Ethikrat aufgenommen worden und auch im »Bündnis für Erziehung« von Familienministerin Ursula von der Leyen nicht vertreten. »Wir müssen immer wieder wichtige gesellschaftspolitische Themen aufgreifen und unsere weltanschauliche Position in der Öffentlichkeit klar machen. Mit einigen Anträgen, Aktionen und Pressebeiträgen ist uns das in den vergangenen Jahren bereits besser gelungen«, resümierte Dr. Volker Mueller. Als Beispiel nannte er die Aktionen im Rahmen des Papstbesuches in Deutschland vom August 2006 und die Standpunkte des DFW zur Verfassung der Europäischen Union.

Viel diskutiert wurde auf der Hauptversammlung die weitere Arbeit der sog. Sichtungskommission (Siko). Das Gremium soll gemeinsame Ideen und Ziele zwischen dem DFW, dem Humanistischen Verband Deutschlands (HVD), dem Deutschen Freidenkerverband (DFV), dem Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) und anderen säkularen Verbänden ausloten und umsetzen. »Ich halte nach wie vor daran fest, dass die Sichtungskommission wichtig für gemeinsame Wege bleibt – bei allen Unterschieden, die die Verbände in ihrer eigenen Arbeit trennen«, betonte Dr. Volker Mueller. Mitunter gestalte sich das demokratische Miteinander jedoch sehr problematisch. So wurde verdeutlicht, dass vom DFW bisher gute Vorschläge und Konzepte eingebracht wurden, die die Kommission aber nicht gemeinsam aufnahm oder umsetzte. Stattdessen brachten die größeren Einzelverbände eigenständig Projekte ins Rollen. Auf der Hauptversammlung stimmten die DFW-Delegierten deshalb dafür, in der Sichtungskommission

weiter zu arbeiten. »Wichtig ist bei dieser Entscheidung die Geste. Wenn wir den anderen Mitgliedern die Tür vor der Nase zuschlagen und ganz aussteigen, käme dies einem von uns gewollten Kontaktabbruch gleich. Die Verbände würden sich so mehr voneinander entfernen«, fasste Friedrich Patzier vom bfg Bayern zusammen.

In Zukunft wird der DFW verstärkt das Wirken kleinerer Mitgliedsvereine fördern. »Wir haben lieber zehn aktive als 1000 Mitglieder, die sich nur in der Kartei befinden, sonst aber nie in Erscheinung treten«, betonte Horst Prem. Nach wie vor stehe das Ziel, die Kräfte im Dachverband zu bündeln und gezielt einzusetzen, im Vordergrund. »Wir müssen auch die bilaterale Zusammenarbeit zwischen zwei Einzelverbänden unter unserem Dach weiter ausbauen«, ermahnte Dr. Volker Mueller. Das Wirken auf internationaler Ebene will der DFW durch die Mitgliedschaft in der International Ethical and Humanist Union (IHEU) und der European Humanist Federation (EHF) ausweiten. »Gemeinsam können wir uns so in politische Diskussionen, wie das Schaffen einer laizistischen Verfassung für die Europäische Union, einbringen«, sagte Dr. Volker Mueller. Horst Prem schlug vor, sich aktiv an der EU-Initiative »Citizens for Europe to promote European Citizenship« zu beteiligen und Vorschläge für eine integrative Werteerziehung in Europa zu sammeln.

Für 2007 hat der Dachverband das Robert-Blum-Jahr ausgerufen, das im kommenden September mit einem Festakt in Berlin begangen wird. Langfristig werden zudem das 60-jährige Bestehen des DFW und das Charles-Darwin-Jahr zum 200. Geburtstag des Wissenschaftlers in 2009 vorbereitet.

Marie Prott

DGHS-Hauptversammlung mit Neuwahlen

Die „Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben e.V.“ (DGHS) hatte am 11. und 12. November 2006 ihre Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet zur turnusgemäßen Hauptversammlung in Augsburg zusammengerufen. 17 Tagesordnungspunkte waren zu bewältigen, mehr oder weniger – je nach Thematik – schnell und rational.

Mein Eindruck als Gründungsmitglied der DGHS war, dass sich diese Organisation wieder als gefestigte und absolut ernst zu nehmende Vereinigung auf dem Markt der Menschlichkeit und Humanität darstellt. Allein die Veröffentlichungen in der Verbandszeitschrift verdienen immer wieder Beachtung. Doch auch die sonstige Arbeit, wie sie aus den Berichten der einzelnen Präsidiumsmitglieder und des Geschäftsführers zu entnehmen war, ist von Sachkenntnis und Menschlichkeit geprägt.

Die unumgängliche Beschäftigung mit internen Notwendigkeiten, wie z.B. Satzungsänderungen, Revisionsbericht u.ä., nimmt in diesem Zusammenhang aber auch Zeit in Anspruch, so dass die vorhergesehenen Zeiten nicht immer eingehalten werden konnten. Hier möchte ich einen herzlichen Dank einfügen an Herrn Dr. Kurt Schobert für sein weit über das übliche Maß hinausgehende Engagement und seinen großen Einsatz für die DGHS und die Menschen.

Beeindruckend waren die Erfolge, die auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens erzielt werden konnten. Die DGHS hat u.a. durch ihre Teilnahme am Deutschen Juristentag bewiesen, dass sie an entscheidender Stelle prägend bei diesem anhaltend sensiblen Thema mitwirkt.

Die klaren Aussagen zur Durchsetzung des verbrieften Patientenwillens und die not-

falls gerichtliche Durchsetzung dieses Willens, die immer wieder artikulierte Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen bis zum Tod, die Einforderung der Würde des Menschen auch im Sterbeprozess, die Einflussnahme auf die politische Willensbildung in unserem Staat und vieles mehr zeugen von der ethischen Einstellung und dem Willen zu helfen. Aus der Sicht des bfg ist natürlich auch anzumerken, dass viele Initiativen der DGHS von den Kirchen mit dem Hinweis auf die kirchlichen Dogmen im Keim erstickt werden sollen. Dies darf von uns so nicht hingenommen werden. Unsere Hilfe in diesem Bereich muss für die DGHS als selbstverständlich angedient werden. Es gilt hier, mit großen Bohrern dicke Bretter (vor einzelnen Köpfen) zu bohren.

Würde in Deutschland nicht eine überzogene Trägheit herrschen, seinen persönlich erklärten Willen auch durchzusetzen, so wäre manches einfacher. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die letztlich unmittelbar Betroffenen nicht mehr demonstrieren bzw. auf die Straße gehen können. So wurde bei der HV auch von der „Demokratie der trägen Massen“ gesprochen. Dies kann ich wirklich nur nachhaltig unterstreichen. Kann man doch mit diesem Thema, das alle betrifft, niemanden aus seinen vier Wänden locken. Der Schriftsteller Knut Becker sagt z.B.: „Viele haben Angst, sie könnten sich um Kopf und Kragen reden. Dabei haben sich bisher die meisten um Kopf und Kragen geschwiegen.“

In der Zeitschrift MIZ (Nr. 3/2006) ist ein hochinteressanter Beitrag des Geschäftsführers der DGHS erschienen, der zum Nachlesen empfohlen wird. Sein Titel: „Zum Grundrecht auf humanes Sterben vor

dem Hintergrund menschlicher Trägheit“. Lassen Sie sich dort inspirieren!

Zum Organisatorischen der HV möchte ich aber auch ein paar Anmerkungen machen: Es freut mich ganz besonders, dass wir unseren OG-Vorsitzenden von Augsburg, Gerhard Rampp, als stellvertretenden Präsidenten ins Präsidium wählen konnten. Ich selbst wurde als Beisitzer gewählt und verspreche an dieser Stelle, dass ich mich dort ganz im Sinne der Gründungsmitglieder in der Zukunft einsetzen werde.

Ganz persönlich habe ich die HV als etwas überfrachtet empfunden. Die Preisverleihungen, die absolut berechtigt und notwendig waren, hätten eine bessere Breitenwir-

kung verdient. Dies wäre möglich gewesen, hätte man sie nicht im „stillen Kämmerlein“ des Hotels am späten Abend gemacht, sondern an einem anderen Tag mit viel Öffentlichkeit.

Und letztlich war ich auch etwas enttäuscht, dass so gar keine Öffentlichkeit, auch in Form von Pressevertretern, geschaffen worden war. Die DGHS ist doch keine Geheimloge, sondern eine auf die Öffentlichkeit angewiesene Vereinigung, der es gut anstehen würde, ihre berechtigten Forderungen auch bei solcher Gelegenheit zu präsentieren. Dies sollte anders werden.

Adi Meister

»Ethik ohne Kirche« – DFW-Seminar in Schney

Ein Seminar mit diesem Thema findet vom 26. – 28. Januar 2007 in der Frankenakademie Schloss Schney in Lichtenfels statt. Veranstalter ist der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften, der damit bereits sein 23. DFW-Seminar plant.

Es werden Themen besprochen wie z.B. »Thesen zur Werterziehung in Europa«, »Grenzen der Toleranz – Laizistische Orientierung im Kampf der Ideen• und Kulturen« oder »Wie kann eine ethische Erziehung für die reale Welt aussehen?«.

ReferentInnen sind Dr. Volker Mueller, Horst Prem, Dr. Heribert Lumpe, Prof. Dr. Joachim Kahl, Dr. Michael Schmidt-Salomon und Ute Janz.

Anmeldung bis zum 12. Januar bei:

Horst Prem
Prinz-Otto-Straße 9
85521 Ottobrunn
Tel: 089/6096255
Fax: 089/6090177

Impressum

Freigeistige Rundschau
Ausgabe 01-2007, 11. Jahrgang

Auflage: 1050 Stück

Bund für Geistesfreiheit K.d.ö.R.

Alexanderstr. 14

90762 Fürth

Tel.: 0911 / 777303

Fax: 0911 / 7416637

Internet: www.bfg-bayern.de

E-Mail: bufigei@bfg-bayern.de

V.i.S.d.P.: Dietmar Michalke, Vorsitzender

Redaktion: Dietmar Michalke, Adi Meister;
Monika Hendlmeier

Satz und Layout: Monika Hendlmeier

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Über die Veröffentlichung von Leserbriefen entscheidet die Redaktion.

»Ein Sack Reis in China« oder der Versuch einer Antwort

»Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht öffentlich von religiösen Gefühlen die Rede ist, und immer ist der Inhalt der Meldungen, dass diese religiösen Gefühle verletzt wurden. Als aufgeklärter säkularisierter Mensch fragt man sich schon, ob es nicht Nachrichten von größerer Dringlichkeit und Wucht gibt. Fällt denn in China gar kein Sack Reis mehr um? (...)«.

Ich zitiere mit diesen Zeilen Wiglaf Droste aus einem taz-Kommentar der Ausgabe vom 17.10.06 und versuche, mit diesen Zeilen von ihm und weiteren von mir meiner großen Verwunderung Ausdruck zu verleihen in Bezug auf den Kommentar unseres »Alt«-Vorsitzenden Adi Meister in Ausgabe 4-2006 der Freigeistigen Rundschau. Dort vertrat er die Meinung, dass die Entscheidung der Deutschen Oper Berlin, »Idomeneo« aus dem Spielplan zu nehmen, die richtige Entscheidung gewesen sei. Wow, da ist – wenn schon kein Sack Reis in China – so wenigstens die Deutsche Oper in Berlin »umgefallen«.

Für die Geistesfreiheit, für Meinungs- und Pressefreiheit, für Trennung von Staat und Kirche zu streiten erfordert von uns im Bund für Geistesfreiheit heutzutage auch in Bayern nicht allzuviel Zivilcourage. Es hat schließlich Zeiten gegeben, da sind die »aufgeklärten säkularisierten« Menschen im christlichen Abendland so viel weniger gewesen, weil die Heilige katholische Inquisition und ihre Schergen nachdrücklich solche Menschen nicht nur mundtot, sondern überhaupt ... gemacht haben.

Heute ist der »Kampf« des Bundes für Geistesfreiheit für seine Ziele in den seltensten Fällen verbunden mit echten Unannehmlichkeiten! Ein glücklicher Umstand

und einer, der die Zahl der Mitstreiter/innen doch automatisch erhöhen sollte?

Jetzt könnte es vielleicht einmal sein, dass die »aufgeklärten säkularisierten« Menschen da oben in Berlin tatsächlich direkt gefährdet sind. Weil sie sich in Berlin in der Deutschen Oper in eine Operninszenierung wagen, »(...) die aus gutem Grund kaum jemand freiwillig angesehen hat (...)«, *? Etwas provokativ mutmaße ich an dieser Stelle, dass die Gefährdung des Publikums durch türkische Schläferbomben in der Deutschen Oper geringer ist als der Schaden, den das verehrte Publikum beim Ansehen dieses Kunstwerkes vielleicht erleiden könnte, das u.U. zu recht bis dahin weitgehend unbekannt war. Doch darum geht es gar nicht!

Also, wenn der Sack Reis in China schon nicht umfällt, so ist doch mit »Idomeneo« ein guter Moment für den Bund für Geistesfreiheit für eine Nachricht an die Welt – wenn schon nicht aus China, so wenigstens aus Bayern! Ja, Geistesfreiheit, Geistesfreiheit! »Ohne das Recht auf Blasphemie gibt es keine wahre Freiheit« meinte ein großer aufgeklärter Mensch namens Voltaire dermaleinst zu recht. Und wenn schon eine Nachricht, dann doch eine wichtige und richtige! Mit Voltaire als Vorbild können wir heute lautstark mit noch keinem Risiko an Leib und Leben für den Erhalt der Presse- und Meinungsfreiheit und für die Freiheit der Kunst, für die Geistesfreiheit eintreten und – vehement von Bayern aus – auf den Spielplan in Berlin bestehen! Das braucht kaum Zivilcourage, bereichert die Diskussion vielleicht ein wenig qualitativ und bringt die Vertreter/innen des Bundes für Geistesfreiheit doch irgendwie – zumindest theoretisch – in »gute Gesellschaft«.

Zum Beispiel mit Wiglaf Droste (s.o.), mit Georg Ringsgwandl (»Papst gsehng?«), mit Wilfried Schmickler (Mitternachtsspitzen), mit Michael Schmidt-Salomon (Giordano-Bruno-Stiftung), mit Michael Well (Biermösl Blosn), mit Sigi Zimmerschied (Kabarettist)... um nur ein paar zu nennen.

Der Sack Reis in China ist wohl nicht umgefallen. Irgendwie schade! Denn wenn er umgefallen wäre, kämen wir vom Bund für Geistesfreiheit vielleicht nicht dazu, lieber Alt-Vorsitzende Adi Meister, der Welt unaufgefordert mitzuteilen, dass wir Freigeister in Bayern im vorausseilenden Gehorsam ohne Zwang und unaufgefordert ganze Meter zurückweichen, wo doch nur kleinster Aufwand erforderlich ist, sich Millimeter um Millimeter im »Kampf« für unsere Ideale ein wenig nach vorne zu recken? Und dadurch tatsächlich zu riskieren, für andere »aufgeklärte säkularisierte« Menschen ein wenig sichtbarer zu werden? Was, lieber Adi Meister, willst Du uns erst raten, wenn »Idomeneo« nach Bayern kommt? Mei, wär' der Sack in China doch mal umgefallen...

Freiheit stirbt mit Sicherheit! Ich möchte Dich, lieber Adi, und alle anderen »aufgeklärten säkularisierten« Menschen im Bund für Geistesfreiheit und anderswo auffordern, sich zu stellen im »Kampf« für unsere Ideale! Noch kostet es uns fast nix! Noch rollen unsere Köpfe dafür nicht! »Kämpfen« wir für »Idomeneo« (und sei es noch so schlecht), für »Mohammed-Karikaturen« (und seien sie noch so schlecht), für die Freiheit, religiöse Gefühle verletzen zu dürfen, für die Geistesfreiheit auf allen Gebieten! Und das, liebe »aufgeklärte säkularisierte« Menschen in Bayern und anderswo auf der Welt, müssen wir tun, egal, welche »Säcke« wo auf der Welt auch im-

mer umfallen und – die Gefahr besteht – unsere Geistesfreiheit dabei ersticken!

Nix für ungut!

Assunta Tammelleo
bfg München

PS: Wie gefährdet die Besucher der Deutschen Oper in Berlin wirklich sind, beweist die neueste Entwicklung in Sachen »Idomeneo« deutlich. Als Kauffrau muß ich zugeben, dass die Werbe-Strategie von Frau Harms richtig war, dieses unbekanntes Kunstwerk mit viel Wirbel abzusetzen und es dann – wenn sich in jeder Ecke Europas, also auch bei uns in Bayern und unter den Bombenlegenden Türken und sonstigen Islamisten, die Existenz dieses Werkes herumgesprochen hat – wieder auf den Spielplan zu setzen. Weiß jemand eine bessere Werbe-Maßnahme, die noch weniger kostet?

PSS: Diese kleine Antwort habe ich – mal wieder – mit niemandem im Vorstand des bfg München abgesprochen! Und auch mit sonst niemandem.

* Zitat Wiglaf Droste, taz, 17.10.06